



23.03.2015

Pressemitteilung

zu den Äußerungen rot-grüner Ratspolitiker vom 21.03.15

„Herr Schostok – gilt Ihr Wort?“

Am 19.11.14 lud OB Stefan Schostok die Bürgerinnen und Bürger zu einem Dialog über die Bebauung der zukünftigen Wasserstadt ein: **„offen und ohne Vorfestlegung“**.

Bemerkenswert viele haben sich beteiligt: aus Limmer und angrenzenden Stadtteilen aber auch viele Menschen, die auf die Wasserstadt ziehen möchten.

Aus den anfänglichen starken Zweifeln an der Ernsthaftigkeit des Teilbeteiligungsangebotes ist in langen Abendveranstaltungen ein konstruktiver Dialog und eine differenzierte Debatte über die Qualität der Wasserstadt geworden. **Diese Debatte endete am 04.03.15 mit der Verabschiedung von 102 Gestaltungszielen und einem klaren Votum für ein sozial gemischtes Stadtquartier mit 1000 Wohneinheiten und 2500 Bewohnern.**

Die Äußerungen hannoverscher Ratspolitiker vom Wochenende lassen jetzt Zweifel aufkommen an der Ernsthaftigkeit dieses Beteiligungsprozesses.

Dieses Ergebnis sei „nicht förderlich“ heißt es zum Beispiel. Wofür? Für die Absicht jetzt die alten Pläne aus der Schublade zu holen und umzusetzen?

Eine solche Ignoranz gegenüber dem Ergebnis der Bürgerbeteiligung wäre ein Vertrauensbruch.

Wir fordern heute OB Schostok auf dafür zu sorgen, dass sein Versprechen eingehalten wird.

Wir bitten alle in den Parteien engagierten Mitbürger, sich bei ihren Ratspolitikern dafür einzusetzen, dass das Ergebnis der Bürgerbeteiligung Beachtung findet in der weiteren Planung.

Zum Hintergrund:

1.) Der in Hannover zusätzlich benötigte Wohnraum ist von der Stadt im Wohnkonzept 2025 mit 8000 Wohnungen erhoben worden. Dem gegenüber werden in diesem Konzept die möglichen Bauflächen in Hannover für diesen Wohnraum benannt.

Die Wasserstadt ist in diesem Konzept mit 600 Wohnungen eingeplant – und trotzdem gibt es stadtweit mehr Flächen als benötigt!

Wenn die Bürger jetzt also 1000 Wohneinheiten vorschlagen, gehen sie durchaus auf die Gesamtsituation in Hannover ein und Limmer würde einen **zusätzlichen** Beitrag leisten.

Wir sind jedoch nicht bereit die Lebensqualität von Be- und Anwohnern zu vernachlässigen.

Es ist Aufgabe von Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft, dem Wohnungsbedarf in **ganz** Hannover Rechnung zu tragen und die gesamte Stadt zu entwickeln anstatt in wenigen Großprojekten mit maximalen Planzahlen.

2.) Wir fordern für Limmer keine Sonderrechte.

Die von den Bürgern vorgeschlagenen Zahlen entsprechen in der Dichte dem Neubaugebiet **Kronsberg** (100 Einwohner/ ha).

Der Spengler-Plan sieht vor, **mehr als doppelt so viele Einwohner pro Hektar** anzusiedeln (213/ ha).

In diesem Rahmen – das hat die Bürgerbeteiligung klar gezeigt - sind weder die Qualitäten umsetzbar, die wir in Limmer erhalten und ausbauen wollen, noch das was sich die neu Zuziehenden wünschen. Eine Baugemeinschaft hat z.B. dargelegt, dass ihre Wohnideen in den engen Baufeldern des Spengler-Entwurfes gar nicht umzusetzen sind.

Wir erwarten deshalb weiterhin eine grundsätzliche Veränderung der vorgelegten Pläne.

Für die BI Wasserstadt

Thomas Berus

Uwe Staade